

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 2.70 einschließlich des „Amts- und Anzeigebblattes“ in der Geschäfts-
halle, bei unseren Notizen sowie bei allen Reichs-
postanstalten. — Erscheint täglich abends mit
Ausnahme der Sonntags- und Feiertage für den
folgenden Tag.

Bei jeder Abgabe des Blattes — Freitag oder Sonntag — werden
die Abnehmer des Blattes, der Kreisämter oder der
Verwaltungsbüros — hat der Besteller seinen Auftrag
auf Vermeidung oder Nachlieferung des Blattes oder auf die
Lieferung des Blattes zu bestätigen.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

**Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel,
Neuheide, Oberstüßengrün, Schönheide,
Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüßengrün, Wildenthal usw.**

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 30 Pfg.
Im Reklameteil die Zeile 20 Pfg.
Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 60 Pfg.
Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags
10 Uhr, für größere Tage vorher.
Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen
am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage
sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben,
ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fern-
sprecher abgegebenen Anzeigen.

Preisprophet Nr. 110.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebahn in Eibenstock.
86. Jahrgang.

Nr. 11.

Mittwoch, den 15. Januar

1919.

I. Diphtherie-Sera mit den Kontrollnummern:
1853—1873 einschl. aus den Höpster Farbwerken,
352 und 353 aus der Merck'schen Fabrik in Darmstadt,
473—494 einschl. aus dem Serumlaboratorium Ruete-Gnoch in Hamburg,
280 und 261 aus der Fabrik vormals E. Schering in Berlin,
39—70 einschl. aus den Behringwerken in Marburg,
175—187 einschl. aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden. — soweit sie
nicht bereits früher wegen Abschwächung usw. eingezogen sind —
II. Meningokokken-(Genickstarre)-Sera mit den Kontrollnummern:
1—5 einschl. aus den Höpster Farbwerken in Höchst a. M.,
1 und 2 aus der Merck'schen Fabrik in Darmstadt,
1 aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden,
III. Tetanus-Sera mit den Kontrollnummern:
617—700 einschl. aus den Höpster Farbwerken in Höchst a. M.,
318—404 einschl. aus den Behringwerken in Marburg,
34—49 einschl. aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden
sind vom 1. Januar 1919 ab wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer zur
Eingiehung bestimmt worden.
Dresden, am 10. Januar 1919. 44 IV M 326

Ministerium des Innern.

Nachstehende Bekanntmachung bringen wir zur allgemeinen Beachtung durch Ver-
braucher und Händler in Erinnerung.

- Dabei weisen wir auf folgendes hin:
- 1) In Verlust geratene Landestartoffelkarten können auf keinen Fall ersetzt werden.
 - 2) Die Lebensmittelkarten sind stets an den vorgesehenen Stellen mit dem Namen des
Haushaltungsvorstandes zu beschreiben, ehe sie von dem Verbraucher in den Ver-
kehr gebracht werden.
 - 3) Zur Abholung von Lebensmittelkarten aller Art bei der Ausgabestelle schicke man
nur Erwachsene, und zwar nur solche, die sich im Markenwesen zurechtfinden.
 - 4) Wer bei der Markenausgabestelle nicht die richtige Anzahl Lebensmittelausweise er-
halten zu haben meint, beanstande die empfangene Ausweise ohne jeden Verzug
noch am Ausgabestische. Jedermann soll die Markenmenge erhalten, die ihm zu-
steht. Niemand kann aber mehr als die vorgeschriebene Markenzahl beanspruchen.
Unterläßt der Markenabholer die Nachprüfung der Ausweise während der Entgegen-
nahme, so verliert er unter allen Umständen das Beanstandungsrecht. Die Lebens-
mittelausweise ist in diesem Falle außerstande, Marken nachzuliefern.
Eibenstock, den 13. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Der Arbeiterrat.

Verlust und Ersatz von Lebensmittelbezugsausweisen.

In den letzten Wochen ist uns mehrfach der Verlust von Lebensmittelbezugsaus-
weisen gemeldet worden. Teilweise haben die Verlustträger die Verlustursache überhaupt
nicht bestimmen zu können vermocht, teilweise wurden als Verlustgründe bezeichnet
Diebstahl, Unachtsamkeit von Kindern oder Erwachsenen auf der Straße oder im Laden,
Verwechslung der Marken mit für wertlos angesehenen und deshalb vernichteten Pa-
piere usw. Die uns bekanntgewordenen Fälle des Abhandenkommens von Lebens-
mittelausweisen zeigten mehrmals, daß deren Inhaber es an der Sorgfalt und Gewissen-
haftigkeit hatten fehlen lassen, die in der Aufbewahrung und im Gebrauche solcher Nach-
weise gegenwärtig unbedingt erforderlich sind.

Wir haben bisher nur Ersatz für abhanden gekommene Lebensmittelausweise ge-
währt, wenn unsere Erörterungen die Glaubwürdigkeit der Angaben über den Verlust
der Ausweise ergaben. Freilich mußten auch in solchen Fällen hohe Kosten angerechnet
werden. Der Ersatz bringt aber solche Nachteile mit sich, da er im höchsten Grade be-
denklich ist. Im Hinblick auf die in diesen Tagen erfolgende Zuteilung verschiedener
Lebensmittelbezugsausweise fordern wir daher die Haushaltungsvorstände
und deren Familienangehörige hiermit erneut eindringlich auf, alle
Lebensmittelausweise künftig sorgfältig zu verwahren und sie beim Ge-
brauche stets im Auge zu behalten, damit weitere Verluste vermieden
werden.

In Zukunft werden wir Ersatz — wenn überhaupt — nur unter
sehr erschwerten Bedingungen leisten. Die Gebühren für die stadträtlichen
Antragshandlungen aus Anlaß solcher Verlustfälle werden wir allgemein wesentlich er-
höhen. Ueberdies behalten wir uns ausdrücklich vor, abhandengekommene Be-
zugsausweise nicht gänzlich, sondern nur zu einem Teile zu ersetzen, in
besonders gearteten Fällen aber auch das Einschreiten der königlichen Staatsanwalt-
schaft herbeizuführen.

Wir warnen vor widerrechtlicher Aneignung und mißbräuchlicher
Benutzung von Lebensmittelbezugsausweisen, in welcher Art sie auch ge-
sehen mögen; sie müssen mit doppelter Strenge geahndet werden. Gleichzeitig fordern
wir alle rechtlich Denkenden zur Steuer solcher Mißbräuche auf.

Den Händlern machen wir überdies dringlich zur Pflicht, daß sie bei der Ab-
gabe von Lebensmitteln jeweilig die Bestimmungen über den Markenverkehr
genau beachten, daß sie niemals mehr oder andere Marken kürzen, als vorgeschrieben ist,
und daß sie Bezugsausweise verschiedener Haushaltungen während des Verkaufsgeschäfts
nicht verwechseln.

Eibenstock, den 26. Juni 1917.

Der Stadtrat.

Wegen der Kohlenknappheit wird die Geschäftszeit der städt. Verwaltungs-
stellen nachmittags bis auf weiteres festgesetzt
auf 1—5 Uhr.

Eibenstock, den 14. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Donnerstag, den 16. dts. Mts., Marke U 3: 150 g Marmelade zu 30 Pfg.
Freitag, den 17. dts. Mts., Marke U 4: 60 g Margarine zu 28 Pfg.
Sonntag, den 18. dts. Mts.,
Marke U 1: (violetter und roter Druck) 125 g Grieß und 125 g Zwieback,
Marke U 1: (schwarzer Druck) 100 g Grieß zu 10 Pfg.
Eibenstock, am 14. Januar 1919. Der Stadtrat.

Markenfreier Verkauf von Blut-, Leber- und Griebenwurst

Mittwoch, den 15. dts. Mts., in den Fleischereigeschäften von Lang und Reichner.
Der Preis beträgt 10,50 M. für die kg-Dose Leberwurst, 9 M. für die kg-Dose
Blutwurst und 5 M. für die kg-Dose Griebenwurst.
Eibenstock, am 14. Januar 1919. Der Stadtrat.

Gemeindevertreterwahl betr.

Bei dem unterzeichneten Gemeindevorstand als Wahlkommissar sind innerhalb der
gesetzlichen Frist die nachverzeichneten 2 Wahlvorschläge (Anlage *) eingegangen, die
vom Wahlausschuß des Gemeinderates geprüft und zur Wahl zugelassen worden sind.
Die Wahlvorschläge sind in der Reihenfolge ihres Eingangs bei dem unterzeichneten
Wahlkommissar mit den Num. 1 und 2 bezeichnet.

Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Die Stimmzettel müssen aus weißem Pa-
pier hergestellt und im Rechteck 9 zu 12 cm groß sein. Auf dem Stimmzettel
darf nur die Nr. der Wahlvorschlagsliste, für die gestimmt wird, und
die Wählervereinigung, von der die Liste herrührt, angegeben sein. Die
Namen der Vorgesetzten, sowie Widersprüche und Vorbehalte darf der Stimmzettel
nicht enthalten; auch darf er mit keinem wesentlichen äußerlich erkennbaren Merkmale
oder Kennzeichen versehen und nicht unterschrieben sein. Stimmzettel, die auch nur in
einem dieser Punkte den Anforderungen nicht entsprechen, sind ungültig.
Schönheide, am 11. Januar 1919.

Der Gemeindevorstand.

Winger, Wahlkommissar.

Anlage *

Vorschlagsliste I der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Schönheide:

1. Rudolf Uhlig, Fabrik-Direktor	in Schönheide Ortslisten-Nr. 82 C
2. Gustav Dösch, Handelsmann	" " 155 F
3. Karl Fischer, Landwirt	" " 455 B
4. Bruno Vent, Wärfenfabrikarbeiter	" " 110 D
5. Hermann Ränzel, Bäckereimeister	" " 243
6. Martin Franke, Eisenbahnassistent	" " 84 C
7. Emil Kunzmann, Fabrikant	" " 330 C
8. Gustav Lorenz, Schneidermeister	" " 302 B
9. Albin Pannier, Werkmeister	" " 128 B
10. Louis Schwoher, Fleischermeister	" " 24
11. Albin Selig, Werkmeister	" " 350
12. Hermann Fröhlich, Oberbrieftträger	" " 1
13. Otto Breitschneider, Handelsmann	" " 260
14. F. Hermann Schädlitz, Tischler	" " 302 F
15. Rudolf Hertel, Poliermeister	" " 37
16. Albin Lueck, Zimmermann	" " 320
17. Richard Zech, Dentist	" " 264 B
18. Hermann Vent, Landwirt	" " 209.

Vorschlagsliste II der sozialdemokratischen Partei:

1. Ernst Heinrich Lang, Pinselmacher	in Schönheide Ortsl.-Nr. 401 B
2. Hermann Leistner, Lagerhalter	" " 83
3. Oswald Feustel, " " " " 272	
4. Oswald Poppitz, Raffinerer	" " 272
5. Paul Haug, Maler und Schankwirt	" " 320 B
6. Heinrich Richard, Gewerkschaftsbeamter	" " 234 B
7. Max Ernst Breitschneider, Maurer	" " 201
8. Feodor Ludwig, Lehrer	" " 440 C
9. Louis Hermann Reudeck, Former	" " 22 C
10. Ernst Emil Ränzel, Poliermeister	" " 173
11. Herbert Richter, Lehrer	" " 134
12. Franz Albin Fiedel, Bohrermeister	" " 155
13. Ernst Selig, Landwirt	" " 361
14. August Morgner, Besenmacher	" " 50
15. Otto Vent, Fabrikarbeiter	" " 110 H
16. Albin Schädlitz, Wärfenfabrikarbeiter	" " 408
17. Richard Gerlich, Formstecher	" " 286
18. Georg Bittner, Werkführer	" " 401 B

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Unterzeichneten vom 10. Januar
1919 wird nochmals besonders bekanntgegeben, daß die Wahl zur verfassunggebenden
Nationalversammlung am Sonntag, den 19. Januar 1919 in der Zeit von
vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr in den bekanntgegebenen Wahlräumen statt-
findet.

Schönheide, am 11. Januar 1919.

Der Gemeindevorstand.

Zuschußunterstützung.

Der Zuschlag zur Reichsunterstützung kommt
Donnerstag, den 16. ds. Mts.
zur Auszahlung und zwar für die Empfangsberechtigten

von A—E vormittags von 8 bis 12 Uhr und
S—Z nachmittags " 3 " 4 "
Zeit und Einteilung sind genau einzuhalten.
Entlassungsbefehle sind mitzubringen.

Der Gemeindevorstand.

Aus Staatssekretär Schiffers Wahlrede.

Am 5. ds. Mts. hielt Staatssekretär Schiffer, der gegenwärtige Leiter unserer Finanzen, in Magdeburg vor seinen Wählern eine große Rede, aus der folgende Stellen wiedergegeben seien:

Die Partei, der ich in Treue lange Jahre hindurch angehört habe, ist nicht mehr. Aber auch wenn die alte Partei fortbestanden hätte, dann hätte ich mich, wenn auch mit schwerem Herzen, von ihr trennen müssen, um zu der Partei überzugehen, von der ich glaube, daß sie den Boden für eine wirklich tatkräftige Unterstützung des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes gewährt. (Beifall.) Die alte Partei war schon lange innerlich nicht mehr lebenskräftig. Aus den Trümmern der national-liberalen Partei können und müssen wir aber das, was an ihr gut war, hinübernehmen in die neue Zeit. Ich bin und bleibe genau so national gesinnt, wie ich es gewesen bin, und ich bin der stolzen Überzeugung, daß die Deutsche demokratische Partei das Wort deutsch nicht nur in ihrem Schilde führt, sondern national bis in die Knochen ist. (Lebhafter Beifall.) Wenn man sagt, unsere nationale Zuverlässigkeit anzuzweifeln, so ist das Jammer. (Wiederholter stürmischer Beifall.) National sein heißt nicht das Wort „Deutsch“ immer im Munde führen und nicht auf anderen Völkern herumtrampeln und sie verizen. Das war immer ein falscher Nationalismus, und dieser hat uns furchtbaren Schaden gebracht. (Sehr richtig.) National sein heißt, seinem Vaterlande mit Gut und Blut bis zum letzten dienen. National sein heißt, stolz auf sein Vaterland sein, ohne andere Nationen zu verachten: es zu lieben, seine Sprache, Sitten und Gebräuche zu fördern. So national wird auch die Deutsche demokratische Partei immer sein. Wenn man jetzt noch denen, die vielfach ihr Viehsties und Bestes hingegen und selbst für das Vaterland gebietet haben, die nationale Zuverlässigkeit anzuzweifeln wagt, so ist das ein unerhörtes Verbrechen an der deutschen Volksseele. Es war früher schon schrecklich genug, daß eine Partei sich selbst national, die andere, nicht national zu nennen pflegt. Wenn man diese Vergiftung in das neue Reich hinübernehmen wollte, so wäre das das beste Mittel, uns zu zerfleischen. Wir lehnen es ab, mit solch vergifteten Waffen zu kämpfen.

National sein heißt stolz sein. Und da verlange ich, daß wir auch als Geschlagene unseren Feinden gegenüber mit aufrichtiger getragener Haupter erscheinen. (Beifall.) Ich wünsche nicht, daß wir einjagen, flagen und betteln. Das ist unwürdig und unflug, das imponiert unseren Feinden nicht und uns nicht es nichts. Wir wollen Leute sein, die im Unglück ihre Selbstachtung bewahrt haben.

Aber auch noch ein anderes retten wir uns aus dem Zusammenbruch der national-liberalen Partei hinüber. Wir bleiben liberal in dem Sinne, daß wir die Entwicklung der einzelnen Persönlichkeit nach Maßgabe ihrer Fähigkeit und ihres sittlichen Wertes als die Grundlage des Gedeihens unseres Volkes erachten. Wir wollen nicht das Reich zu einer großen Zwangswirtschaft machen, sondern die Freiheit des einzelnen, soweit sie der Allgemeinheit dient, aufrechterhalten wissen. Das unterscheidet uns von den Sozialdemokraten, die den Zwang wollen. Wir wollen, daß der Liberalismus tolerant ist, daß er Achtung und Duldsamkeit gegenüber fremder Anschauung und Ueberzeugung zeigt, wenn sie ehrlich ist. Das Problem der Trennung von Kirche und Staat mag gelöst werden wie es will; aber eins verlange ich, daß der Standpunkt aller derjenigen, die am alten Glauben hängen, geachtet wird und daß die Vertreter der Kirche in ihren Rechten nicht gekränkt werden.

Ich habe auf dem Boden der Monarchie gestanden, wie viele von uns. Ich habe die Großtaten der Hohenzollern für Preußen und für das Reich nicht vergessen. (Lebhafte Bravo!) Ich werde nach wie vor mit Stolz und Dankbarkeit an alles das denken, was das deutsche Volk in Gemeinschaft mit seinen Herrschern vollbracht hat. Aber das kann mich nicht der Pflicht entheben, zu prüfen, ob für diese Einrichtung jetzt die Zeit noch gegeben ist, u. diese Prüfung hat mich zu dem Ergebnis gebracht: Sie ist nicht mehr möglich und deshalb muß ich die Konsequenz ziehen und mich ohne Vorbehalt auf den Boden der deutschen Republik stellen. (Lebhafter Beifall.) Ich meine, es verträgt sich gut miteinander, daß man der Vergangenheit ein treues Gedenken bewahrt, der Gegenwart aber offen und rückhaltlos dient. Aber ich meine auch weiter, ein christliches und festes Bekenntnis zur Republik ist nicht notwendig verbunden mit einer Beschimpfung der Monarchie und einer Verleumdung auch unseres letzten Monarchen. (Lebhafte Bravo.) Ich will nicht abdrängen, ob seine Schuld oder sein Unglück größer ist, oder ob nicht die Hauptsache bei einer ersonnen und byzantinischen Umgebung gelegen hat. (Lebhafte Bravo.) Jedenfalls ist aber sein Unglück so groß, daß es uns die Zurückhaltung auferlegen muß, die sich jedem vom Unglück Heimgejachten gegenüber geziemt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Wahlen in Württemberg. Bei den am Sonntag erfolgten Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung gaben von 1 446 580 Stimmberechtigten 1 316 068 ihre Stimmen ab. Es entfielen auf die unabhängige sozialdemokratische Partei 20 622, Zentrum 273 192, Bauernbund 75 756, Weingärtnerbund und kleine Landwirte Württembergs 35 255, Landwirte Oberschwabens 5743, Deutsche demokratische Partei 328 555, Sozialdemokratische Partei Württembergs 452 450, Deutsche Friedenspartei 1027 und württembergische Bürgerpartei 97 726 Stimmen. Es erhalten Sitze: unabhängige sozialdemokratische Partei 4, Zentrum 31, Bauernbund 10, Weingärtnerbund und kleine Landwirte 4, deutsche demokratische Partei 38, sozialdemokratische Partei 52, Bürgerpartei 11.

Luxemburg.

Staatsstreich in Luxemburg. Die „Agence Havas“ meldet unter dem 9. ds. Mts.: In Luxemburg ist ein Staatsstreich erfolgt. Der Führer der liberalen Partei, Dr. Traas, brachte bei Beginn der Kammer Sitzung eine Tagesordnung ein, in welcher die Absetzung der Dynastie beantragt wurde. Der Führer der sozialistischen Partei, Ward, schloß sich unter dem Beifall der Tribunen dem Antrag an. Die Rechte protestierte, während die sozialdemokratischen Arbeiterabgeordneten, die allgemein mit der Rechten stimmen, sich passiv verhielten. Der Präsident hob unter Hinweis auf die lärmenden Kundgebungen des Publikums die Sitzung auf. Während die Rechte den Saal verließ, dauerten die lärmenden Kundgebungen fort. Die Linke schritt hierauf zur Abstimmung und erklärte mit 30 Stimmen die Dynastie für abgesetzt. Für die Erziehung einer Republik stimmten 16, dagegen 14 Abgeordnete. Darauf wurde ein Wohlfahrtsausschuß, bestehend aus 4 Sozialisten und 4 Liberalen, gewählt. Die Proklamierung der Republik mit 18 Stimmen von den 52 Stimmen der Kammer wird ironisch kommentiert. Zwei Kompanien französische Soldaten sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung herangezogen. Die Großherzogin hält sich in Luxemburg auf. Man erwartet, daß die Katholikenpartei, die besonders auf dem flachen Lande viele Anhänger hat, am 12. Januar für die Großherzogin eine Loyalitätskundgebung veranstalten wird.

Frankreich.

Verdammung des Kaisersgejorders! „National News“ wird von ihrem Korrespondenten in Paris gemeldet, daß der französische Generalstab der Friedenskonferenz eine dauernde Verdammung des Kaisers, des Kronprinzen und aller deren männlichen Mitglieder der deutschen Kaiserfamilie verlangen werde.

Verstärkte Waffenstillstandsbedingungen. Die Sitzung des internationalen Kriegesrates wird über die Frage der Verlängerung des Waffenstillstandes beraten. Deshalb nimmt Marjhall Joch mit einigen anderen verbündeten Generälen daran teil. Wie die Blätter melden, lehnen die Verbündeten eine Verlängerung des Waffenstillstandes nicht ab, sie sind jedoch gegen eine automatische Verlängerung und werden wahrscheinlich neue Bedingungen stellen. Diese Bedingungen dürften nach Informationen der Nationalzeitung bedeutend verschärft werden. Um den russischen und deutschen Bolschewismus zu isolieren, wird Polen gänzlich von den Deutschen geräumt werden müssen. In West- und Süddeutschland sollen große Gebiete von Verbandsstruppen besetzt werden, um Berlin von jeder Verbindung abzuschneiden.

Keine Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen. Die Meldung der württembergischen Pressekonferenz über die von den Alliierten geplante Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen wird von der französischen Presse als nicht zutreffend bezeichnet. Die Freilassung der Kriegsgefangenen laufe den Waffenstillstandsbedingungen zuwider und sei von den Alliierten nicht erzwungen worden.

Polen.

Einstellung der polnischen Offensive? Aus Paris ist in Warschau die Nachricht eingetroffen, daß die Entente den obersten polnischen Vorkommando in Posen zur Einstellung der Offensive gegen Deutschland aufgefordert habe mit der gleichzeitigen Zusicherung, daß die polnischen Truppen in der nächsten Zeit Ausrüstung, Munition und Waffen erhalten werden. Die Armee Haller werde schon in diesem Monat nach Warschau abtransportiert werden, wo sie als Hilfstruppe der Entente unter dem Kommando Pilsudskis zum Dienst im Lande bestimmt sei.

Rumänien.

Rumänien verleiht Siebenbürgen ein! Der rumänische Staatsrat veröffentlicht ein Dekret, durch welches die siebenbürgischen Gebiete Rumänien endgültig einverleibt werden.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 14. Januar. Die Bekanntmachungen des Stadtrates im amtlichen Teile mahnen die Einwohnerschaft eindringlich zu sorgsamem Umgange mit den Lebensmittelmärkten. Wer die erneut bekanntgegebenen Richtlinien befolgt, kann nicht in Verlegenheit mit den Marken kommen. Ganz besonders wichtig ist es, daß die Hausbesitzer zur Abholung der Marken für die Hausbewohner solche Voten verwenden, die sich im Markenwesen genau auskennen. Dies zu betonen, sollte nach vierjähriger Markenwirtschaft ja eigentlich überflüssig sein. Die Erfahrung lehrt aber, daß einzelne Verbraucher — auch Erwachsene —, die angeblich an der Ausgabe Stelle zu wenig Marken empfangen haben und dann nach Stunden oder Tagen Beanstandungen anbringen wollen, immer wieder die Entschuldigung vorbringen, daß sie sich in den Marken nicht auskennen. Es kommt höchst selten einmal vor, daß tatsächlich zu wenig Marken ausgehändigt werden, indes unschärpbar sind auch die Personen nicht, die hier jeweilig in wenig Stunden angestrengtester Arbeit die Marken für rund zweitausendweihundert Haushaltungen verteilen. Der Markenabholer sollte aber doch mindestens seine wenigen Ausweise genau zu übersehen vermögen.

Dresden, 12. Januar. Die Pocken nehmen in Dresden noch immer zu. Die Gesamtzahl der Fälle beträgt bis jetzt 117. Die Krankheit über die ganze Stadt verbreitet. Alle an Pocken Erkrankten werden dem Johannisbader Krankenhaus zugewiesen. In den meisten Fällen läßt sich der Zusammenhang einer Neuerkrankung mit einer bereits bestehenden nachweisen, es kommen aber auch verschiedene Fälle vor, wo dies nicht möglich ist. Ein bedrohliches Ansteckungsnefz bildet noch immer eine große Herberge im Innern der Stadt, doch läßt sich deren Beschließung aus verschiedenen Gründen nicht durchführen. Alle Häuser, in denen Pockenfälle festgestellt sind, werden durch einen Anschlag gekennzeichnet.

Chemnitz, 13. Januar. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl wurden insgesamt 134 642 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Liste 1 (Sozialdemokr. Verein) 75 415, Liste 2 (Bürgerl. Wahlverein) 28 507, Liste 3 (Demokratische Partei) 18 138, Liste 4 (Unabh. Sozialdemokraten) 7294 und Liste 5 (Privatangestellten-Verbande) 7288 Stimmen. Zu wählen waren 60 Stadtverordnete (früher 57). Nach Maßgabe der Verhältniswahlberechnung sind sonach gewählt von Liste 1: 34, von Liste 2: 12, von Liste 3: 8, von Liste 4: 3 und von Liste 5: 3 Stadtverordnete. 30—40 000 Wähler hatten ihre Stimmen nicht abgegeben. Die sozialdemokratische Partei besitzt nunmehr die absolute Mehrheit im Kollegium.

Zwickau, 12. Januar. Zu blutigen Kämpfen ist es am heutigen Sonntag in Zwickau gekommen. Für vormittags 11 Uhr hatte die mehrheitlich sozialistische Parteileitung ihre Anhänger durch Flugblatt zu einer Protestkundgebung gegen die spartakistische Besetzung des „Sächsischen Volksblattes“ geladen. In vielen Tausenden erschienen die Arbeiter. Nachdem in Reden gegen den Gewaltakt der Kommunisten protestiert worden war, zog die Menge nach dem Volksblatt in der Poststraße, wo sie Verhandlungen mit den Spartakisten forderte. Diese lehnten jedoch ab und drohten mit Handgranaten. Daraufhin holten die Soldaten aus dem Zug der Sozialdemokraten Waffen und Munition herbei. Gegen 1/1 Uhr fielen die ersten Schüsse. Auf beiden Seiten waren Maschinengewehre in Stellung gebracht und wurde mit Handgranaten gekämpft. Nach etwa zweistündigem Feuerkampf traten die Angreifer zum Sturm gegen das „Sächsische Volksblatt“ an, drangen in das Gebäude ein und nahmen es. Die Spartakisten, besonders zugereifte Leute, wurden gefangen abgeführt. Ueber die Verluste ist noch nichts Bestimmtes bekannt. Man spricht von 5 Toten, unter denen sich angeblich der Führer der hiesigen Kommunisten, Schubert, befinden soll.

Zwickau, 12. Januar. Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf dem Altgemeindefriedhof im Vorort Bokwa, wo der Bergarbeiter Kehler aus Wilsau zwischen zwei Kohlenhünten geriet. Ihm sturbe der Schädel zertrümmert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Vergebliche Beschwichtigungsversuche des Kultusministers. Der Evangelische Landeskreistag für Sachsen teilt uns mit: Der gegenwärtige sächsische Volksbeauftragte für Kultus und öffentlichen Unterricht, Herr Bud, sieht sich genötigt, eine längere Erklärung in der Presse zu veröffentlichen, in welcher er sich gegen die zahlreichen in letzter Zeit von kirchlicher Seite gegen ihn erhobenen Klagen und Angriffe wendet. Er sieht in diesen nur Mittel zu dem Zweck, die Wählerschaft in reaktionärem Sinne zu beeinflussen und sucht die Sache so darzustellen, als läge für die kirchlichen Kreise durchaus kein Grund zur Beunruhigung vor. Es wird ihm jedoch nicht gelingen, diese Kreise von der großen Sorge um ihre Kirche zu befreien, in die sie gerade durch seine Maßnahmen gekommen sind. Er erinnert an sein Versprechen, daß die Freiheit der Religionsübung gewährleistet bleiben soll. Aber diese Freiheit, mit der er die Kirche beglücken will, gleicht der eines Kindes, das seine Eltern

mittellos aus dem Hause verstoßen haben. Er selbst hat seinerzeit dem Präsidenten des Bundeskongresses in seiner Unterredung mit ihm angekündigt, daß demnächst alle Staatszuwendungen an die Kirche aufhören würden, daß der Religionsunterricht aus der Volksschule entfernt, daß der Kirche die Verwaltung der Friedhöfe entzogen würde. Weiß Herr Bud nicht, wie tief er damit in die Lebensbedingungen der Kirche eingreift? Die gegenwärtige Regierung hat bei ihrem Antritt verkündigt, daß alle Gewaltmaßnahmen bei der Behandlung der kirchlichen Frage vermieden werden sollen. War es aber nicht ein ausgesprochenes Gewaltakt, als unter Übergehung aller Gesetze der Religionsunterricht aus der Volksschule entfernt, der biblische Geschichtsunterricht auf ein Minimum beschränkt, die geistliche Ortschulaufsicht aufgehoben, die Geistlichen aus den Schulvorständen beseitigt wurden? Das Bundeskongressorium und das Apost. Vikariat, die nach dem Gesetz mit über den Religionsunterricht zu befinden haben, wurden überhaupt nicht gehört. Mag sein, daß Herr Bud persönlich vom Uebelwollen gegen die Kirche frei ist, aber er ist durch sein Parteiprogramm gebunden und ist in kirchlichen Dingen kein Sachkundiger. Auch zeigt sich immer deutlicher, daß er namentlich in Schulfragen einseitig beraten wird. Wer bei uns Kirche und Schule aus ihren segensreichen Wirkungen von einander trennt, ohne auch die Kirche zu hören, verweigert die Kirche. Die Trennung von Kirche und Staat enthält bereits die Trennung von Kirche und Staat und zwar an dem für beide Teile empfindlichsten Punkte. Jedenfalls darf sich Herr Bud nicht wundern, wenn seine Beschwichtigungsvorwürfe bei den kirchentreuen Mitgliedern des sächsischen Volkes sich als vergeblich erweisen.

Bermischte Nachrichten.

— Berliner Reiseabenteuer. Ein heiteres Gesichtschen aus den ersten Revolutionstagen hat in Lüthen (Anhalt) verständnisvolle Heterkeit erregt. Ein dortiger Fabrikbesitzer wurde während eines Besuches in Berlin dort von dem Ausbruch der Revolution überrascht und sah sich der Möglichkeit beraubt, nach Hause zurückzukehren, da der eingeschränkte Zugverkehr keine Aussicht bot, fortzukommen. Ratlos pilgerte er durch die Straßen Berlins, als er plötzlich von zwei Landsturmmunteroffizieren angesprochen wurde, die in seiner Heimatstadt in Garnison lagen und nach Berlin kommandiert waren, um einen militärischen Häftling nach der Garnison zu transportieren. Dem aber hatte die Revolution die Freiheit wieder gegeben, und so standen die beiden Feldgrauen vor der Notwendigkeit, resultatlos nach Hause zu fahren. Nun ergriff der Fabrikbesitzer die günstige Gelegenheit, nach Hause zu kommen, indem er die Hölle des Arrestanten übernahm. Zunächst wurde erst einmal auf seine Kosten kräftig gestrichelt, und dann machte man sich auf den Weg zum Bahnhof. Der „Arrestant“ wurde in die Mitte genommen und so die Bahnsteigsperrre passiert. Ebenso verfuhr man bei den Revisionen im Zuge. „Zwei Mann und ein Arrestant“ hieß es mit einem Hinweis auf den

scheinbar tief geknickt auf seinem Koffer sitzenden Begleiter. Die Blößen, die der sehr elegante Herr dabei über sich ergehen lassen mußte, waren meist sehr gepfiffert. Aber man kam auf diese Weise doch mit der Bahn nach Galbe, von wo aus das während des Aufenthalts in Magdeburg telephonisch herbeigerufene Auto des Fabrikbesitzers das Kollegium nach Hause brachte.

Fremdenliste.

Ueberrnachtet haben im
Rathaus: Dr. Paul Wildfeuer, Bezirksschulinspektor, Schwarzenberg, Reich Vogel, Rm., Dresden. Gaston Dienert, Rm., Gauen. Clara Grimml, Annaberg.

Kirchennachrichten aus Thüringen.

Mittwoch, den 15. Januar 1919, abends 8 Uhr in der Schulturnhalle: Bibelstunde, Pastor Ränckgen.

Neueste Nachrichten.

— Berlin, 14. Januar. Im „Vorwärts“ veröffentlichte die 5 Volksbeauftragten einen Aufruf an das deutsche Volk. U. a. heißt es darin: Den braven Truppen der Republik ist es gelungen, durch eigene Kraft und durch Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle Errungenschaften der Revolution zu vernichten droht. An dem Widerstand des Volkes und ganz besonders der Arbeiterklasse, die in erdrückender Mehrheit die begangenen Ausschreitungen verurteilt, ist das frivole Unternehmen gescheitert. Die Regierung ist entschlossen, die Wiederholung ähnlicher Vorgänge mit allen Mitteln zu verhindern. Die Nationalversammlung soll die Verfassung des deutschen Volkes bestimmen, die Regierung nach ihrem Wunsch zusammenlegen und über den Abschluß des Friedens Beschlüsse fassen. Die gegenwärtige Regierung bereitet den Entwurf einer Verfassung vor, der das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes vor allen gegenrevolutionären und terroristischen Bestrebungen schützt. Sie ist bemüht, einen Frieden zu erreichen, der die Freiheit des deutschen Volkes auch nach außen sichergestellt und die Gründung einer Volksmacht zum Schutze gegen neue Kriegsgefahren ermöglicht. Gegen den polnischen Annexionsismus bedarf das Land des Schutzes, den das Volk nicht versagen wird. Nicht minder gilt es, unsere Grenzen zu schützen gegen die neue russische Militärdespotie, die uns mit tieferer Gewalt ihre eigenen anarchischen Zustände aufzwingen und einen neuen Weltkrieg entfesseln will, dessen Schauplatz unser Land sein würde.

— Berlin, 14. Januar. Es scheint, daß die Ruhe in Berlin noch immer nicht wieder eintreten will. Im Bettungsviertel, besonders am Halleschen Tor, fielen gestern einzelne Schüsse, im allgemeinen blieb aber das ganze Viertel ruhig. Auf Dächern verschiedener Häuser versteckte Spartakisten feuerten ab und zu noch auf die Straße. Die Regierungstruppen erwiderten das Feuer. Gegen 4 Uhr entwickelte sich in der Königgräber Straße

in der Nähe des Halleschen Tores wieder ein Feuergefecht und auch ebenso in der Wilhelm-, Friedrich- und Linden-Straße. Gegen 5 Uhr wurde das „Vorwärts“-Gebäude und die Bügensteinsche Druckerei aus versteckten Spartakusnestern beschossen, sodas das Passieren der Straße wieder mit Lebensgefahr verbunden war. Trotzdem die Dächer genau beobachtet wurden, gelang es nicht, die Spartakusnester zu entdecken.

— Kassel, 14. Januar. Das Große Hauptquartier läßt durch einen Vertreter der „Köln. Ztg.“ alle Meldungen, daß Hindenburg von Wilhelmshöhe abgereist sei, als unrichtig erklären. Sämtliche Meldungen über spartakistische Umtriebe oder gar Attentatsversuche gegen das Große Hauptquartier sind völlig erfunden. Generalfeldmarschall von Hindenburg ist in den letzten Tagen nicht in Berlin gewesen und wird Wilhelmshöhe auch nicht vor Ablauf dieses Monats verlassen, da Anfang Februar die Ueberleitung des Großen Hauptquartiers in das Kriegsministerium in Berlin vor sich gehen wird.

— München, 14. Januar. Als gestern abend 7 Uhr wurden für die Wahl zur bayrischen Landesversammlung geählt: Bayerische Volkspartei 745 976 Stimmen, Sozialdemokratische Partei 598 741, deutsche Volkspartei 255 615, bayrischer Bauernbund 250 338, Nationalliberale 80 902, unabhängige Sozialdemokraten 56 721, Mittelstandspartei 2180, Anteroffizierspartei 9236 Stimmen. Die Wahlergebnisse aus verschiedenen großen Städten, z. B. Nürnberg, Augsburg, Würzburg liegen überhaupt noch nicht vor, sodas das gesamte Ergebnis der bayrischen Landtagswahl sich noch erheblich verschieben kann.

— München, 14. Januar. Falls die noch ausstehenden Ergebnisse an dem Stimmenverhältnis der einzelnen Teile nichts mehr ändern sollten, dürfte die bayrische Volkspartei etwa 55 Abgeordnete, die sozialdemokratische Partei etwa 50, Zentrum etwa 20, bayrische Bauernbund etwa 18, Nationalliberale d. h. die mit dem konservativen Bund der Landwirte vereinigten Rechtsliberalen etwa 7 und auch die Unabhängigen etwa 4 Abgeordnete stellen. Bei den allgemeinen Wahlen 1912 erhielt das Zentrum 87, die vereinigten Liberalen 33, die Sozialdemokraten 30, die Konservativen mit Bund der Landwirte 7 und Bayerischer Bauernbund 5 Sitze.

— München, 14. Januar. In Regensburg wurde der Berliner Vormittagzug durch Rotsignal vor der Stadt gestellt. 150 flüchtende Spartakisten suchten hierauf das Bett. 26 verbrecherisch aussehende Menschen aus dem Zuge wurden nach der Einfahrt im Bahnhof noch gefaßt. Nach den Entkommenen wird gefahndet. Die großen Plünderungen in Regensburg sind zweifellos von zusammengekauften Verbrechern ausgeführt worden.

Die Deutsche demokratische Partei ist die Partei der Frauen.

Was soll die Frau in der Politik?

1. Den Männerjank vermindern!
2. Die Volkseinheit erhalten!
3. Den Volksstaat für alle wohnlich machen!
4. Die Volkskette und Volksgesundheit pflegen!
5. Sich selbst als Bürgerin fühlen!

Deutsche Frauen und Mädchen, gebt Eure Stimme nur für die Liste Brodauf der Deutschen demokratischen Partei!

Central-Theater.

Am Mittwoch, den 15. Januar, großer Sonntag.

Hedda Vernon im Film:

Die Narbe am Knie.

Ein einzig schönes Lustspiel in 4 Akten mit der unübertrefflichen Künstlerin Hedda Vernon.

Carola Toelle, die große Tragödin, im Film:

Die Geächteten.

Ein großer Kultur- und Aufklärungsfilm in 4 Abteilungen mit Carola Toelle in der Hauptrolle.

Zu einem Besuche ladet ein Hochachtend Hans Schmidt.

Am Mittwoch Anfang von nachmittag ab.

Handwerker!

Aus den Parteiprogrammen die Partei zu erkennen, die Euch zusagt, ist schwer. Die Flugblätter sind so geschickt verfaßt, daß man sie Wort für Wort unterschreiben kann, ganz gleichgültig von welcher Partei sie ausgehen. Darum beachtet die Kandidatenliste! An der Spitze der Liste der deutsch-nationalen Volkspartei steht ein Handwerker.

Bäckermeister Biener in Chemnitz.

Er kennt Eure Sorgen, bei ihm findet Ihr Verständnis für Eure Wünsche.

Wählt deshalb die Liste der deutsch-nationalen Volkspartei!

Husten, Atemnot,

Verschleimung.
Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.
Heinrich Dieck, Wackerleben, Provinz Sachsen.

Auch bei Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen Wundgeschwüren gerne umsonst Auskunft. Rückmarke erwünscht.

Pachtgesuch.

3-4 Acker Feld mit Scheune werden zu pachten, eventuell zu kaufen gesucht. Angebote unter E. L. bitte in der Geschäftsstelle bis Bl. niedergulegen.

Vermählung

in so reichem Maße dargebrachten Geschenke und Gratulationen sei hiermit allen herzlich gedankt.

Kurt Stemmler und Frau Liesbeth geb. Schmalzfuß.

Anzeigen und Bekanntmachungen

für die abends erscheinende Zeitung werden bis spätestens vormittag 10 Uhr erbeten; später eingehende müssen für die folgende Nummer zurückgestellt werden. Ausnahmen sind nur in besonders dringlichen Fällen zu erhöhtem Preise angängig.

Gehilfin des Mannes zu sein, auch im Volks- und Staatsleben, ist die hohe und schöne Aufgabe der deutschen Frau an der Schwelle einer neuen Zeit. Wir rufen und grüssen die Gehilfin.

Die Deutsch-nationale Volkspartei.

Antwort auf das Flugblatt der Deutsch-nationalen Volkspartei.

Das jüngste Flugblatt der Deutsch-nationalen Volkspartei sagt:

Wer führt heute die Revolution?

Spartakusbund, Unabhängige, Mehrheitssozialisten, Demokratie, Rote Fahne, Freiheit, Vorwärts, Berliner Tageblatt verherrlichen diese Revolution, wollen ihre „Erfolge“ festhalten.

Dieser Satz ist eine Musterleistung von Verdrehungskunst und Geschmacklosigkeit.

Die Deutsche demokratische Partei, die Männer, wie Prinz Max von Baden, Dr. Solf u. a. zu ihren Mitgliedern zählt, der Tausende von Gelehrten, Kaufleuten, Lehrern, Beamten und weiteste Volkskreise angehören, als Genossen der Bolschewisten verdächtigen zu wollen, ist eine unerhörte Unverschämtheit.

Die Rote Fahne und das wissenschaftlich hochstehende Berliner Tageblatt sowie die Frankfurter Zeitung auf eine Stufe stellen, das kann nur bei Antisemiten vorgehen, denen jedes objektive Urteil abgeht.

Auch die D. N. V. P. will nach ihrem Programm an dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, der Koalitionsfreiheit und anderen Erfolgen der Revolution festhalten. Der Demokratie macht sie das aber zum Vorwurf, obwohl diese sofort nach der Revolution für schnelle Einberufung der Nationalversammlung und für Herstellung von Ruhe und Ordnung eingetreten ist.

Auch das Schlagwort von der goldenen Internationale fällt zurück auf die Deutsch-nationale Volkspartei. International sind die Fürstenthümer Europas, — verrottet und verschwägert — und bei dem Adel, der zur D. N. V. P. gehört, ist es ähnlich. Reichtum sitzt in den Kreisen der D. N. V. P., der die Agrarier und die Großindustrie angehören, mehr als in der Deutschen demokratischen Partei, die die breiten Massen des Volkes umfaßt.

Demagogisch — unwahr — beschränkt, wie es ist, wird dies Flugblatt der Deutsch-nationalen Volkspartei zur

Warnungstafel

vor dieser Partei und zur Werbeschrift für die Deutsche demokratische Partei werden.

Der Hauptausschuß der Deutschen demokratischen Partei für das westliche Erzgebirge.

Der ehemalige Flottenbund Deutscher Frauen i. F. An unsere Mitglieder!

Nach vier schweren Kriegsjahren steht uns ein noch schwererer Frieden bevor, aber aus tiefster Demütigung und bitterer Knechtschaft wird unser Deutschland sich wieder emporarbeiten.

In jahrelanger Treue haben unsere Mitglieder mit uns gearbeitet und unserem Flottenbund einen beispiellosen Aufstieg ermöglicht. Voll freudigen Stolzes schafften wir für unsere blauen Jungen und um so schmerzlicher trifft es deshalb uns alle, daß gerade die Marine die Trägerin der revolutionären Bewegung ist.

Zwecke und Ziele unseres Bundes sowohl als auch die fürsorgende Arbeit für die Mannschaft der Flotte sind den Verhältnissen zum Opfer gefallen. (Unsere Verpflichtungen für Lazarette, Marineheime usw. dieselben natürlich vorläufig bestehen.)

Aber noch haben wir Frauen vom Flottenbund Aufgaben zu erfüllen! Wir sind ein vaterländischer Verein, § 2 unserer Satzung spricht von „Pflege der Vaterlandsliebe“. Das Vaterland lieben heißt ihm helfen, und wer mag in dieser Zeit tiefster Not abwärts stehen?

Unser großer, weitverzweigter, gut organisierter Bund will seine Kräfte restlos dem Vaterlande widmen.

Für diese neue Aufgabe wollen wir frei sein, deshalb legen wir den Namen „Flottenbund“ ab und nennen uns von jetzt an (vorbehaltlich der Zustimmung der späteren Mitgliederversammlung):

„Nationalbund Deutscher Frauen“.

Die endgültigen Aufgaben des Bundes lassen sich erst nach der Nationalversammlung klar erkennen, aber eine große, eine unserer dringendsten Aufgaben sieht klar vor uns:

Wir Frauen haben das Wahlrecht und damit die Wahlpflicht erhalten!

Wir müssen durch Ausübung unseres Wahlrechtes mitarbeiten am neuen Bau unseres Vaterlandes und damit an der Lebensmöglichkeit eines jeden Einzelnen!

Mehr als die Hälfte aller Deutschen sind Frauen.

Wenn wir alle wählen, geben wir den Ausschlag!

Frauenwille kann siegen und muß siegen!

Keine darf zurückstehen, auf einer Jeden Stimme kommt es an!

An unsere Mitglieder richten wir noch die dringende Bitte, uns treu zu bleiben. Ein solcher Frauenbund wie der unsrige — 120 000 Mitglieder — hat auch eine große Verantwortung unserem Volke gegenüber, und wir hoffen, später mit unserer gemeinsamen Arbeit da einsehen zu können, wo die Notwendigkeit am größten ist.

Die Reihen der Mitglieder unseres Bundes dürfen sich nicht lichten!

Das Vaterland braucht uns!

Nationalbund Deutscher Frauen

i. A.: Ortsgruppe Eibenstock.

Für die uns anlässlich unserer
Vermählung
dargebrachten vielen Glückwünsche und Geschenke danken
wir hiermit herzlich.
Rudolf Scheffler und Frau
geb. Schmidt.

Lesefränkchen I.
Die Teilnehmerinnen werden höflich
geb., Mittwoch vollzählig, erscheinen.
Der heutigen Nummer
liegt ein Flugblatt der Deutschen demokratischen Partei
an die Arbeiterinnen bei, auf
das hiermit aufmerksam gemacht sei.

Deutsche Frauen

wacht auf!

Deutschlands Zukunft liegt in **Gueren** Händen.

Gegenwart und Zukunft warten **Guerer** Entscheidung.

Wollt Ihr, daß Deutschland sich wieder erhebt und aufersteht im Gefühl seines Wertes und seiner Würde?!

Wollt Ihr ein deutsches Volk, fest wurzelnd im Glauben seiner Väter?

Wollt Ihr, daß Euere Kinder aufwachsen in jener Welt der Gedanken und des Gemütes, die Euch teuer und heilig ist, und aus der Ihr Euere besten Kräfte zieht?

Wollt Ihr, daß Euere Kind- und Kindeskinde leben und wirken inmitten einer Nation, die ihre Sendung in der Welt versteht und den Mut findet, sie auf sich zu nehmen?

Deutsche Frauen, könnt ihr etwa anders wollen?

Die Deutsch-nationale Volkspartei

tritt ein für ein starkes nationales Deutschland und für den inneren Aufbau unseres Staates auf religiöser Grundlage.

Euere Stimmen und Euere Mitarbeit gehören darum der

Deutsch-nationalen Volkspartei!

Reichsfrauenausschuß der deutsch-nationalen Volkspartei.

An alle Unzufriedenen!

Wer freilich mit Regierung und ihren Einrichtungen nicht einverstanden war, der wählte

rot!

Wer heute von den herrschenden Zuständen nicht beglückwünscht ist und der Regierung seine Unzufriedenheit zeigen will, der muß

deutsch-national

wählen!

Kaufe jeden Posten

Kunstseidenfäden :- : Naturseidenabfälle

zu guten Preisen.

Diamant, Zwicau, Sa.,
Bahnhofstr. 21 B. Tel. 612.